Amts- und Anzeigeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich 4 Mk. 50 Pfg. oder monatlich 1 Mk. 50 Pfg. in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberpöhlengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterpöhlengrün, Wildenthal usw.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

66. Jahrgang.

Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 25 Pfg. Im Reklameteil die Zeile 60 Pfg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 65 Pfg.
Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tags vorher.
Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Fernsprecher Nr. 110.

№ 264. Freitag, den 14. November **1919.**

Wildpreise, Hasenkarten.

I.

Von Jägerkreisen sind für den Verkehr mit Wild die nachstehenden Preise als angemessen erklärt worden:

Rotwild in der Decke für	1	Pfund	M. 2.50	
Rehwild „ „ „	1	„	„ 3.50	
Hasen im Balg . . .	1	„	„ 2.00	
Kaninchen im Balg . .	1	Stück	„ 3.00	bis 4.00
Fasanenhennen . . .	1	„	„ 8.00	
Fasanenhähne	1	„	„ 10.00	
Rebhühner	1	„	„ 4.00	
Wildenten	1	„	„ 6.00	

Das Ministerium erteilt hiermit, **soweit diese Preise eingehalten werden,** und soweit im Kleinverkaufe hierzu ein nach den örtlichen Verhältnissen angemessener Handelszuschlag erhoben wird, **Befreiung** von der Einhaltung der in der Verordnung vom 9. September 1918 über den Verkehr mit Wild (Sächs. Staatszeitung Nr. 211) §§ 16 bis 18 festgesetzten bisherigen Höchstpreise.

II.

Die Bestimmungen über **Hasenkarten** (§ 7 Absatz 2, §§ 8—10 der genannten Verordnung) werden hiermit aufgehoben. Bei Abgabe von Hasen sind keine Hasenkarten mehr abzufordern.

2637 V L. A. III
12314

Dresden, am 10. November 1919.

Wirtschafts-Ministerium.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden auf Blatt 11 Stadtbezirk, betreffend die Firma **A. L. Unger, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in **Eibenstock:**

Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zum Liquidator ist bestellt der Kaufmann Karl August Bodenstein in Leipzig.

Eibenstock, den 8. November 1919.

Das Amtsgericht.

Nachstehende Bekanntmachung wird hiermit in Erinnerung gebracht.

Eibenstock, den 12. November 1919. **Der Stadtrat.**

Bekanntmachung.

Nach Einvernehmen mit dem Straßen- und Wasserbauamte in Schwarzenberg wird auf der Karlsbader Straße ab Dörffels Sägewerk, auf der Haupt-, inneren und äußeren Auerbacherstraße, dem Kreuzelwege, dem Triftwege, dem Carlsfelder Steige, der Wiesen- und Bergstraße das Ruscheln, Rodeln, Laufen mit Schlitt- und Schneeschuhen überhaupt verboten. Die bloße Durchfahrt mit Schneeschuhen zum Zwecke des notwendigen Verkehrs ist unter der Voraussetzung gestattet, daß dabei die Sicherheit nicht gefährdet wird.

Auf den übrigen Straßen und Wegen ist das Ruscheln, Schlitt- und Schneeschuhlaufen insoweit nicht verboten, als dadurch keine Störung und Gefährdung des Personen- und Fuhrwerksverkehrs eintritt. Mit dem Ruscheln usw. ist einzuhalten, sobald Fuhrwerke oder Personen in der Fahrtrichtung oder entgegengesetzt auf den Wegen verkehren oder diese kreuzen. Uebertretungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder entsprechender Haft bestraft.

Stadtrat Eibenstock, den 19. November 1914.

Ausgabe der Brotmarken

Freitag, den 14. dss. Mts., in der städtischen Lebensmittelabteilung gegen Vorlegung der Ausweishefte in nachstehender Nummernfolge:

vorm. von	8—9 Uhr	Nr. 1901 u. höh. Nrn.,		vorm. von	11—12 Uhr	Nr.	701—1100,
„ „	9—10 „	„ 1501—1900,		nachm. „	2—3 „	„	301—700,
„ „	10—11 „	„ 1101—1500,		„ „	3—4 „	„	1—300.

Die Marken sind bei Empfang sofort nachzuzählen. Spätere Einwendungen gegen die Richtigkeit der Zuteilung müssen zurückgewiesen werden.

Wer die Marken **nach** dem Ausgabetage abholt, hat die festgesetzte **Gebühr** zu entrichten.

Eibenstock, den 13. November 1919. **Der Stadtrat.**

Der Präsident von Frankreich.

In Paris soll in absehbarer Zeit Tatsache werden, das hat wenigstens der Deputierte Briand als sein Ziel bezeichnet, der schon Ministerpräsident war und es wieder werden soll, wenn der 79jährige Clemenceau sich zur Ruhe gesetzt hat, was vor dreißig Jahren der General Boulanger vergebens erstrebt hat, der Präsident der französischen Republik soll nicht mehr von den Kammern, sondern vom gesamten Volke gewählt werden. (Dieselbe Bestimmung steht auch in der neuen deutschen Reichsverfassung.) General Boulanger, von dem später bekannt wurde, daß er sich von dem Herzog von Orleans hatte bestechen lassen, diesem den französischen Königsthron wieder errichten zu helfen, wollte in dieser Weise zunächst zum Präsidenten von Frankreich gewählt werden, um dann die französische Republik über den Haufen zu werfen. Es war leicht möglich, daß dieser Plan zur Verwirklichung gelangte, denn die Regierung zauderte lange, gegen den General vorzugehen, aber in letzter Stunde fand sich ein entschlossener Pariser Polizeikommissar, der auf Weisung des Ministers Constans zur Verhaftung schritt. Boulanger entkam mit knapper Not und entfloh nach Brüssel, wo er sich später erschoß. Seine Rolle war mit seiner Flucht aus Paris ausgespielt. Seitdem hat sich niemand wieder in Paris gefunden, der ernstlich eine Staatsumwälzung versucht hätte. Zu der Zeit der Dreyfus-Affäre hat wohl mancher General die Fäuste gegen die „Advokaten-Regierung" geballt, aber dabei ist es auch geblieben.

Wenn jetzt Briand, der ursprünglich Rechtsanwalt und Sozialdemokrat gewesen ist, aber seine Anschauungen außerordentlich gemäßigt hat, diesen Plan ins Auge faßt, so ist das wohl auf die Amtszeit Clemenceaus zurück zu führen, der der reine Diktator gewesen ist, wodurch der Präsident Poincare vollständig in den Hintergrund gedrängt war. Hinzu kommt, daß es eine Partei in Frankreich gibt, die den bisherigen Generalissimus Marschall Foch zum Präsidenten der Republik wählen möchte. Dieser Plan paßt den meisten Abgeordneten kaum, denn es ist voraus zu sehen, daß damit der Sieg des Militarismus über die Zivilgewalt herbeigeführt werden würde. Frankreich hat in dem Marschall Mac Mahon, der bei Sedan verwundet wurde, bereits einen General als Präsidenten gehabt, aber die damals (von 1873—1878) gemachten Erfahrungen waren so wenig glücklich, daß sie kaum zur Nachahmung reizen dürften. Um solchen Bestrebungen von vornherein entgegen zu treten, hat Briand auch den weiteren Gedanken aufgestellt, die Befugnisse des Präsidenten so zu erweitern, daß er etwa wie der Präsident Wilson dastehen würde, der als Oberhaupt der Vereinigten Staaten ja sehr wesentliche Rechte besitzt. Zu dem Inhaber eines derartig ausgebauten Präsidentenpostens in Paris paßt ein General kaum, dazu gehört ein erfahrener Politiker. Daß an und für sich vielen Franzosen der Marschall Foch als Präsident sehr recht wäre, darüber besteht wohl kaum ein Zweifel. Der Marschall-Präsident bildet eine ganz andere dekorative Figur, als ein Zivil-Präsident im Frack.

Daß einer der französischen Thronprätendenten, Prinz Louis Napoleon und Herzog Philipp von Orleans, sich auf dem Umwege über die Präsidentenwahl durch das Volk, wie der dritte Napoleon, an die Spitze von Frankreich bringen könnte, ist wohl kaum anzunehmen, auch ebenso wenig wie früher zu wünschen, wo Bismarck stets eine französische Republik einem neuen französischen Kaisertum vorzog, dessen Blicke stets auf den Rhein gerichtet sein würden. Wenn eine größere Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland eintreten sollte, so ist sie zunächst von einem weitschauenden Staatsmann zu erwarten. Daß sie für alle Zeiten unmöglich sein sollte, ist schwer zu erfassen, denn Frankreichs Revanchegedanken sind befriedigt, und in Deutschland können sie bei maßvoller Politik zu uns keinen Boden fassen.

Wm.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Minister Heine gegen Erzberger. Der preußische Minister des Innern, Wolfgang Heine, hielt am Revolutionstage in Dessau eine sehr bemerkenswerte Rede, die geeignet ist, großes Aufsehen zu erregen. Er betonte, daß die Sozialdemokratie anläßlich unseres heutigen Elends keinen Grund hätte, Feste zu feiern, und richtete scharfe Angriffe gegen die Reichsregierung, insbesondere gegen Erzberger. Die Pläne Erzbergers in der Steuerfrage machen, wenn sie restlos verwirklicht werden, nicht nur die Länder, sondern auch die Gemeinden tot. Wenn so weiter regiert wird, dann bricht das ganze Reich zusammen. Erzberger hat sich selbst für den Friedensvertrag ausgesprochen. Er muß ihn jetzt durchführen und das Geld hernehmen, wo er nur kann. Welche Gemeinde hat noch ein Interesse zu zahlen, wenn alles in den Topf der Entente geht und sie dann zum Bettler wird? Die Bundesstaaten müssen sich mit aller Kraft gegen diese Erzbergerische Theorie wehren. Zum Schluß sagte der Minister: Die Behauptung, daß Deutschland allein schuld am Kriege sei, ist erlogen. Deshalb ist es vom Uebel, nach der Schuld von 1914 und 1916 im Schmutz herumzuwühlen, wie es heute in Berlin geschieht.

— Die Wahlen in Oberschlesien. Bei den am Sonntag, den 9. November, stattgehabten Gemeinderatswahlen in Oberschlesien wurden schätzungsweise etwas weniger als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen für die polnischen Listen gezählt! Die katholische Volkspartei (Ztr.) verlor schätzungsweise ein Drittel der bisherigen Stimmen. Die Mehrheitssozialisten verloren besonders in den großen Arbeiterbezirken 70—80 Prozent ihrer Stimmen zugunsten der Unabhängigen und der polnischen Sozialisten. In Königshütte hatten die Sozialdemokraten beispielsweise bei den Nationalversammlungswahlen 14500 und jetzt 2800 Stimmen! Die Unabhängigen haben einen Zuwachs von 100 Proz. zu verzeichnen. Auch die polnischen Sozialisten haben eine bedeutende Anzahl Stimmen. Die Deutschnationalen haben überall einen Zuwachs von 20—30 Proz. auf Kosten der Demokraten zu verzeichnen. Die Demokraten haben sehr schlecht abgeschnitten. Die Wahlen selbst vollzogen sich ohne Störung.

— Mackensen darf heimkehren. Der Oberste Rat beschloß, den Marschall Mackensen, der sich gegenwärtig in Saloniki befindet, mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seine Gesundheit nach Deutschland heimkehren zu lassen. — Die Festhaltung des Feldmarschalls Mackensen über ein Jahr lang, seine Verschleppung von einer unwirtlichen und unzivilisierten Gegend in die andere und seine unwürdige Behandlung ist eine der schmachvollsten Taten, deren sich die Entente schuldig gemacht hat. Es klingt fast wie Hohn, wenn jetzt, nachdem der greise Held den furchtbaren Leidensweg gegangen ist, der Oberste Rat scheinheilig und teilnahmsvoll von seinem hohen Alter und seiner gefährdeten Gesundheit spricht.

— Auch ein „deutsches" Blatt. Die „Vossische Zeitung" ist auf drei Tage verboten worden, weil ihr Chefredakteur Georg Bern-